

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
27. Rat 2004-2009
Sitzungsdatum:
19.06.2007**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 19.06.2007

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschriften der letzten Sitzungen
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 12.12.2006 aus öffentlicher Sitzung
3. Bericht über den Stand der Projekte im Rahmen der EuRegionale 2008
4. Bebauungsplan Nr. 71 - Gewerbegebiet Carlstraße-Süd - 6. Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
5. Bebauungsplan Nr. 79 - Bergarbeitersiedlung Palenberg - 5. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
6. 33. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Wurmbenden
hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Mischgebiet" in "Wohnbaufläche", "Fläche für Wald" in "Wohnbaufläche" und "Fläche für die Landwirtschaft" in "Fläche für Wald" und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
7. Bebauungsplan Nr. 98 - Wurmbenden -
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
8. Bebauungsplan Nr. 99 - Im Schlich -
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
9. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 9.1. Antrag der CDU-Fraktion nach § 5 GeschO vom 31.05.2007 betr. eines Prüfauftrages zur Errichtung von Kreisverkehren im Stadtgebiet
- 9.2. Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO vom 05.06.2007 betr. der Erarbeitung eines kommunalen Familienberichts

- 9.3. Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO vom 05.06.2007 betr. der Einführung eines Babybegrüßungspakets
- 9.4. Bebauungsplan Nr. 85 - David-Hansemann-Straße -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
- 9.5. Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 9. Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
- 10. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Anfrage

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 11. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 12.12.2006 aus nichtöffentlicher Sitzung

Anfragen
- 12. Personalangelegenheiten
- 12.1. Höhergruppierung eines Verwaltungsangestellten
- 12.2. Höhergruppierung einer Verwaltungsangestellten
- 12.3. Ernennung einer Stadthauptsekretärin zur Stadtamtsinspektorin
- 12.4. Ernennung einer Stadtobersekretärin zur Stadthauptsekretärin
- 12.5. Ernennung einer Stadthauptsekretärin zur Stadtamtsinspektorin
- 13. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 14. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

ANWESENHEITSLISTE

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD
Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow	UWG
Herr Bernhard Brade	CDU
Herr Sascha Derichs	SPD
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD

Herr Joachim Fröhlich	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Paul Josef Gerschel	SPD
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD
Herr Leo Meertens	UWG
Frau Petra Meyer	UWG
Herr Manfred J. Offermanns	FDP
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Frau Vera Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Matthias Spätgens	SPD
Herr Gerd Streichert	SPD
Frau Erika Tanzer	SPD
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen
Herr Günter Weinen	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Es fehlten die Stadtverordneten

Herr Josef Fröschen	CDU
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Herbert Konrads	CDU
Herr Hans-Georg Overländer	SPD

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

(abwesend zu TOP 12.1 bis
12.5, 19:40 Uhr)

Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Verwaltungsangestellter Horst Tacke

Schriftführer

Herr Stadtamtmann Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Besucher und den Vertreter der Presse. Er wies darauf hin, dass den Stadtverordneten noch fünf Erweiterungen zur Tagesordnung fristgerecht zugestellt worden seien. Hierbei handele es sich um folgende Punkte:

- 9.1 Antrag der CDU-Fraktion nach § 5 GeschO vom 31.05.2007, betr. eines Prüfauftrages zur Errichtung von Kreisverkehren im Stadtgebiet
- 9.2 Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO vom 05.06.2007 betr. der Erarbeitung eines kommunalen Familienberichts
- 9.3 Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO vom 05.06.2007 betr. der Einführung eines Babybegrüßungspakets
- 9.4 Bebauungsplan Nr. 85 - David-Hansemann-Straße - hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
- 9.5 Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 9. Änderung hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung

Stadtverordneter **Offermanns** kündigte an, am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung stellen zu wollen.

Stadtverordneter **Weißborn** kündigte ebenfalls an, eine Anfrage allerdings im nichtöffentlichen Teil zu Beginn dieses Tagesordnungsabschnittes stellen zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschriften der letzten Sitzungen**

Beschluss:

1. Die Niederschrift zur Sitzung des Rates vom 15.05.2007 wird genehmigt.
2. Die Niederschrift zur Sitzung des Rates vom 29.05.2007 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 12.12.2006 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 12.12.2006 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **Bericht über den Stand der Projekte im Rahmen der EuRegionale 2008**

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass den Stadtverordneten ein ausführlicher Bericht über den Stand der städtischen Beteiligung an der EuRegionale 2008 zugegangen sei. Er bitte die Fraktionen und Parteienvertreter sich mit der Thematik innerhalb der Sommerferien auseinander zu setzen, da man bereits in der kommenden Sitzung im August die weiteren Entscheidungen zu den Teilprojekten treffen müsse. Er übergab nunmehr das Wort an den Verwaltungsangestellten **Tacken**, der noch einige ergänzende Anmerkungen vorbringen wolle.

Verwaltungsangestellter **Tacken** erläuterte die Finanzierung der EuRegionale-Teilprojekte, wie sie auch auf der letzten Seite der Übersicht dargestellt seien. Entsprechend dem Rahmenantrag mit einem Gesamtvolumen der Förderung in Höhe von 1.163.824 Euro würde für das Jahr 2008 aus Städtebaufördermitteln ein Betrag von 308.000 Euro bewilligt werden. In Bezug auf die Realisierung des Projektes „Via belgica - vici romani“ erklärte er, dass dies im Rahmen der EuRegionale 2008 nicht weiter verfolgt werde. Die Beteiligten von Seiten des Landes und der Kommunen hätten sich darauf verständigt, dieses Projekt für die Regionale 2010 vorzubereiten und dort eine Förderung zu ermöglichen.

Als Ergebnis dieser Entscheidung werden die Bürgermeister der Städte Köln, Bergheim, Frechen, Elsdorf, Niederzier, Jülich, Aldenhoven, Baesweiler, Herzogenrath und Übach-Palenberg am 21.06.2007 die Erftstädter Erklärung unterschreiben. Hiermit erklären sie ihre Bereitschaft für das Projekt Erlebnisraum „Römerstraße Via Belgica“ (Abschnitt Köln - Rimbürg) die mit dem Projekt verbundenen Ziele gemeinsam und in enger Abstimmung mit den anderen Partner anzustreben und erreichen zu wollen.

Ergänzend erläuterte er, dass neben der Landesförderung auch noch eine Co-

Finanzierung durch den Bund möglich sei. Sofern für bestimmte Bereiche die Ausweisung eines Sanierungsgebietes als Sanierungssatzung erklärt werde, sei auch hier eine weitere Fördermöglichkeit anzustreben. Bezüglich bestimmter Vorhaben werde die Verwaltung eine Vorlage erarbeiten.

Stadtverordneter **Weißborn** bedankte sich für die Bereitstellung der Informationen im vorliegenden Sachstandsbericht. Dieser sei sehr ausführlich und für die anstehende Entscheidung wichtig und notwendig. In Bezug auf die Kosten fragte er nach, ob diese nun in ihrer endgültigen Fassung aufgeführt seien. Er erinnerte daran, dass in der Vergangenheit unterschiedliche Angaben vorgelegen hatten.

Bürgermeister Schmitz-Kröll bestätigte, dass dies die zum jetzigen Zeitpunkt endgültigen Kosten seien.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Weißborn** erklärte **Bürgermeister Schmitz-Kröll**, dass er wenig Hoffnung habe, durch eine Sanierungssatzung eine zusätzliche Förderung über Bundesmittel erreichen zu können. Insbesondere ein entsprechendes Förderprogramm, welches diese Bezuschussung ermögliche, sei zur Zeit noch nicht aufgestellt und könne auch nicht erwartet werden.

Stadtverordneter **Weinen** erkundigte sich danach, ob der angesetzte Grunderwerb überhaupt noch notwendig sei. Weiterhin wolle er wissen bis wann eine Entscheidung zu den Teilprojekten getroffen werde müsse, damit diese zur EuRegionale 2008 verwirklicht werden könnten.

Darüber hinaus interessiere er sich dafür, wie die bereits zugesagten Fördergelder für das „Bauhaus Europa“ in Aachen nach dessen Einstellung verwendet werden. Insbesondere wolle er wissen, ob diese Beträge nicht auch für die vorliegenden Projekte verwendet werden könnten.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erläuterte, dass aufgrund der vorgelegten Kalkulation ein Anteil von 250.000 bis 300.000 Euro durch die Stadt selber zu finanzieren sei. Er verwies darauf, dass es zwar eine grundsätzlich 80 %-ige Förderung gebe, die allerdings in der Vergangenheit durch Höchstbeträge gedeckelt wurde. So habe man im Vorfeld nur einen Betrag von 500.000 Euro als Förderung bewilligt bekommen, der sich jedoch nach einigen Verhandlungen mit der Bezirksregierung um 308.000 Euro erweitert habe.

Beigeordneter **Schlüter** erwähnte, dass eine 100 %-ige Förderung für die Projekte illusorisch sei. Er erklärte, dass in der Sitzung des Stadtrates im August eine Beschlussfassung notwendig sei um mit den Arbeiten rechtzeitig beginnen zu können. Man werde hierzu die entsprechenden Beschlussvorschläge rechtzeitig vor der Sitzung den Stadtverordneten zukommen lassen, damit diese sich hierüber beraten könnten.

Stadtverordneter **Derichs** erkundigte sich nach der geplanten Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit für die EuRegionale-Projekte. Ihn interessiere wie insbesondere für Übach-Palenberg dies geplant sei. Er plädierte dafür, dass gute Projekte auch entsprechend vorgestellt werden sollten.

Beigeordneter **Schlüter** erläuterte, dass sich dieser Punkt noch in der Konzeption befinde. Geplant sei ein zentrales Fest zu veranstalten, allerdings einzelne Aktionen

an den entsprechenden Orten mit ihren Teilprojekten durchzuführen. Hierzu werde dem Stadtrat allerdings noch ein konkretisierter Vorschlag vorgelegt werden. Es werde angestrebt ein gemeinsames Vorgehen mit den anderen HÜLK-Gemeinden vorzubereiten und ein geschlossenes Konzept zu erarbeiten.

Stadtverordnete **Weinhold** bat darum, zu den Teilprojekten bitte auch die anstehenden Betriebs- und Folgekosten zu benennen.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass man dies zum Stand der jetzigen Planung angeben könne.

Bürgermeister Schmitz-Kröll ergänzte in Bezug auf die vorzunehmende Erftstädter Erklärung, dass es sich hierbei um eine Absichtserklärung der beteiligten kommunalen Partner handele. Eine finanzielle Verpflichtung sei hiermit nicht gegeben und werde erst zu späterer Zeit dem Stadtrat vorgestellt werden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte fest, dass zum Sachstandsbericht **EuRegionale 2008** kein Widerspruch vorgebracht wurde.

4 **Bebauungsplan Nr. 71 - Gewerbegebiet Carlstraße-Süd - 6. Änderung**

hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung

Beschluss:

1. **Es wird festgestellt, dass im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.**
2. **Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.6 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung zu dieser Niederschrift enthalten).**
3. **Der Planentwurf der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 71 – Gewerbegebiet Carlstraße-Süd - wird beschlossen.**
4. **Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. Nr. 71 – Gewerbegebiet Carlstraße-Süd - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

5 Bebauungsplan Nr. 79 - Bergarbeitersiedlung Palenberg - 5. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte sich für befähigt und nahm während der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt im Zuschauerraum Platz.

Stellvertretende Bürgermeisterin **Piez** übernahm die Sitzungsleitung. Sie stellte fest, dass keine Wortbeiträge zu diesem Tagesordnungspunkt vorgebracht wurden und stellte die Verwaltungsempfehlung zur Abstimmung.

Beschluss:

- 1. Es wird festgestellt, dass weder von Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange noch von der Öffentlichkeit Stellungnahmen abgegeben wurden.**
- 2. Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 79 – Bergarbeitersiedlung Palenberg – wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

Nach der Abstimmung übernahm **Bürgermeister Schmitz-Kröll** wieder den Vorsitz der Ratssitzung.

6 33. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Wurmbenden
hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Mischgebiet" in Wohnbaufläche, "Fläche für Wald" in "Wohnbaufläche" und "Fläche für die Landwirtschaft" in "Fläche für Wald" und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

Beschluss:

- 1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 33. Änderung des Flächennutzungsplanes angeordnet.**
- 2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Planaufgabe von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.**
- 3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

7 **Bebauungsplan Nr. 98 - Wurmbenden -**

hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

Beschluss:

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan 98 – Wurmbenden – aufgestellt.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Planaufgabe von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

8 **Bebauungsplan Nr. 99 - Im Schlich -**

hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan Nr. 99 – Im Schlich – wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 BauGB aufgestellt.
2. Die Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 2 BauGB in Form einer Planaufgabe von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

9 Erweiterungen zur Tagesordnung

9.1 Antrag der CDU-Fraktion nach § 5 GeschO vom 31.05.2007 betr. eines Prüfauftrages zur Errichtung von Kreisverkehren im Stadtgebiet

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag:

„CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Übach-Palenberg

Übach-Palenberg, 31.05.2007

An den Bürgermeister
der Stadt Übach-Palenberg
Herrn Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
51531 Übach-Palenberg

Antrag gem. § 5 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Übach-Palenberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Die Verwaltung wird gebeten:

1. zu prüfen, an welchen Verkehrsknoten- und Unfallschwerpunkten im Stadtgebiet Kreisverkehre eingerichtet werden können,
2. mit den zuständigen Straßenbaulastträgern zu klären ob diese Maßnahmen realisierbar sind und ob dafür ggf. Haushaltsmittel zur Verfügung stehen,
3. eventuell erforderliche Eigenmittel dafür in den Haushalt des kommenden Jahres einzustellen.

Begründung:

Der Verkehr auf unseren Straßen nimmt immer mehr zu. An bestimmten neuralgischen Punkten gibt es zu Verkehrsspitzenzeiten immer mehr Staus und auch Unfälle. Durch den Bau der Schokoladenfabrik im Gewerbegebiet Holthausen werden sowohl in der Bauphase als auch nach der anschließenden Inbetriebnahme weitere und neue Verkehrsflüsse entstehen, die unsere Stadt immer mehr in Anspruch nehmen.

Zur Entzerrung dieser Situation sollten an den davon besonders belasteten Knotenpunkten z.B. an den Kreuzungsbereichen Roermonder-/Friedrich-Ebert-Straße, Roermonder-/Brünestraße und auch Post-/Alte Poststraße Kreisverkehre geplant und so bald wie möglich eingerichtet werden.

In vielen Nachbarstädten entstehen zurzeit zahlreiche Kreisverkehre auch auf Straßen, die offenbar anderen Baulastträgern zuzuordnen sind. Wir sind daher der Meinung, dass die Stadt Übach-Palenberg bei der Verteilung der dafür vorgesehenen Mittel ebenfalls beteiligt werden sollte.

Weitere Erläuterungen werden in der Sitzung gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Günter Weinen“

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass die in der Begründung genannten Orte lediglich exemplarisch aufgezählt seien. Insbesondere die Öffnung der Aachener Straße mit einem Kreisverkehr dürfe man nicht aus dem Blickfeld lassen.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass beispielsweise für den geplanten Kreisverkehr am Baesweilerweg ein Fachplaner beauftragt wurde, entsprechende Möglichkeiten durchzuprüfen und sie gemessen an den Auswirkungen für die Verkehrsströme darzustellen. Erste Daten seien schon der Stadtverwaltung mitgeteilt worden, allerdings seien die Planungsgespräche noch im Gange. Man hoffe in einer der ersten beiden Sitzungen nach der Sommerpause hierzu konkretere Angaben vorbringen zu können.

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen zu wollen. Er habe bereits in seiner Haushaltsrede auf die Notwendigkeit der Errichtung zusätzlicher Kreisverkehre hingewiesen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er den Antrag als solches für nicht nötig erachte. Dem Stadtrat sei bekannt, dass die Verwaltung an verschiedenen Punkten die Errichtung von Kreisverkehren ermöglichen wolle.

Er sehe allerdings keinen Hinderungsgrund darin verschiedene Möglichkeiten weiter zu überprüfen. In Bezug auf zusätzliche Eigenmittel könnte allerdings damit keine Entscheidungen getroffen werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten

- 1. zu prüfen an welchen Verkehrsknoten und Unfallschwerpunkten im Stadtgebiet Kreisverkehre eingerichtet werden können**
- 2. mit den zuständigen Straßenbaulastträgern zu klären, ob diese Maßnahmen realisierbar sind und ob dafür ggf. Haushaltsmittel zur Verfügung stehen**
- 3. evtl. erforderliche Eigenmittel dafür in den Haushalt des kommenden Jahres einzustellen**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9.2 Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO vom 05.06.2007 betr. der Erarbeitung eines kommunalen Familienberichts

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag der SPD-Fraktion:

„SPD-Fraktion im Rat der Stadt Übach-Palenberg

An den
Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg
Herr Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

05.06.2007

Erfassung eines kommunalen Familienberichtes

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion stellt nach § 5 der Geschäftsordnung des Rates folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt einen kommunalen Familienbericht erarbeiten zu lassen. Es soll auch geprüft werden, ob hierzu öffentliche Fördermittel zur Verfügung stehen.

Begründung:

Die Stadt Übach-Palenberg verzeichnet seit einiger Zeit einen Bevölkerungsrückgang, was auf Wanderungsverlusten zurückzuführen ist. Eine solche Entwicklung führt zu gravierenden Auswirkungen - auch für das Zusammenleben in unserer Stadt. Will man dieser Situation entgegentreten, müssen Politik und Verwaltung in ihrer Politikgestaltung besonders die Interessen von Familien und Kindern berücksichtigen. Sie gehören in das Zentrum des öffentlichen und politischen Interesses: Eine familienfreundliche Politik ist das Ziel.

Um in Übach-Palenberg weiterhin eine familienfreundliche Politik betreiben zu können, brauchen wir genaue Kenntnisse über die Strukturen und gegenwärtigen Entwicklungen im Bereich der Familien mit Kindern. Ohne verlässliche Informationen über die Bedürfnisse und der tatsächlichen Lebenssituation der Familien ist eine zukunftsorientierte Familienpolitik nur schwer möglich.

Ein Familienbericht beschreibt die Lebenssituation der Familien in unserer Stadt. In einer Bestandsaufnahme wird die Ist-Situation in einer Stärken- und Schwächen-Analyse dargestellt. Dabei sollen aber auch Handlungsempfehlungen für eine in die Zukunft gerichtete Politik gegeben werden.

Die SPD-Fraktion betrachtet den kommunalen Familienbericht und die sich daraus ableitenden Ergebnisse auch als eine Möglichkeit, sich im Bezug auf den allgemeinen kommunalen und regionalen Wettbewerb mit anderen Kommunen, attraktivieren und besser positionieren zu können. Der Familienbericht kann der Stadt und den politischen Vertretern als fachlich fundierte Grundlage und zukunftsfähiges Handlungskonzept für die Entwicklung zu einer kinder- und familienfreundlichen Stadt dienlich sein.

gez. Heiner Weißborn
Fraktionsvorsitzender

gez. Sascha Derichs
stellv. Fraktionsvorsitzender“

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass die CDU-Fraktion dem Antrag der SPD grundsätzlich zustimmen wolle. Man habe zwar Bedenken, dass durch diese Maßnahme der Bevölkerungsrückgang in der Stadt Übach-Palenberg aufzuhalten wäre, jedoch sehe man positive Ansätze. Er bat darum zu überprüfen, inwieweit es För-

dermittel gebe, dieses Projekt zu unterstützen. Sofern diese nicht zur Verfügung stünden, müsse mit eigenen Mitteln gearbeitet werden. Weiterhin regte er an, für diese Arbeiten auf eigene Kräfte der Verwaltung zurückzugreifen und nicht wie in der Vergangenheit häufig geschehen einen externen Gutachter mit der Bearbeitung eines teureren Gutachtens zu beauftragen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, er könne nicht erkennen, dass der Antrag der SPD-Fraktion hierzu eine Aussage mache. Er stelle sich vor, dass ein solcher Bericht innerhalb der Stadtverwaltung erstellt werden könne.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er hierzu keine Festlegung treffen wolle. Die Verwaltung solle prüfen, welche Aufgaben und Kosten entstehen und ggfs. dann einen Entscheidungsvorschlag vorlegen.

Man sehe den kommunalen Familienbericht als einen Baustein an, die Stadt familienfreundlicher zu gestalten. Die Hinzuziehung externen Sachverständigen halte er grundsätzlich für überlegenswert.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er grundsätzlich den Verwaltungsangestellten Dörr als städtischen Kinder-, Jugend- und Seniorenbeauftragten für diese Aufgabe prädestiniert sehe.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt einen kommunalen Familienbericht erarbeiten zu lassen. Es soll auch geprüft werden, ob hierzu öffentliche Fördermittel zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9.3 Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO vom 05.06.2007 betr. der Einführung eines Babybegrüßungspakets

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag:

„SPD-Fraktion im Rat der Stadt Übach-Palenberg

An den Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg
Herrn Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

05.06.2007

Einführung eines Babybegrüßungspakets

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion stellt nach § 5 der Geschäftsordnung des Rates folgenden Antrag:
Die Verwaltung der Stadt Übach-Palenberg wird beauftragt ein Babybegrüßungspaket (BBP) einzuführen. Hierfür sind 6.000 Euro bereitzustellen. Bei der Erstellung soll

das BBP der Stadt Dormagen als Vorbild dienen.

Begründung:

Das BBP soll neben dem Familienbericht einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem Leitbild einer kinderfreundlichen Stadt einleiten und jungen Familien das Gefühl des Willkommenseins übermitteln. Das BBP ist am 01. Oktober 2006 von der Stadt Dormagen eingeführt worden und hat bisher ein breites Medienecho mit einer überaus positiven Akzeptanz erfahren. Daher sind dem Beispiel von Dormagen bereits mehrere Städte gefolgt.

Mit dem Gratulationsschreiben des Bürgermeisters wird den jungen Eltern ein Termin mitgeteilt, zu welchem ein Mitarbeiter des Sozialamtes der Stadt den Hauptbestandteil des BBP, das Elternbegleitbuch, persönlich überbringt. Dieses (Ring) Buch beinhaltet

- die Darstellung der Entwicklungsschritte und Früherkennungsuntersuchungen des Kindes,
- Erläuterungen zu wichtigen Fragen der Kinder-Erziehung, -Ernährung und -Förderung,
- wichtige Adressen und Ansprechpartner in Behörden, Vereinen und Verbänden, Ärzte, Kinderkrippen und -gärten, Elterbetreuungsangeboten etc.,
- alle für Familien entscheidenden behördlichen Anträge (bspw. Elterngeld).

Daher erfüllt das BBP mit seinen verschiedenen Elementen mehrere Aufgaben:

- 1) Willkommensgruß für junge Familien,
- 2) praktische Hilfestellung durch das Elternbegleitbuch,
- 3) „diskriminierungsfreier“ Besuch durch einen geschulten Mitarbeiter der Stadt,
- 4) Bekanntmachung der städtischen Angebote für Familien,
- 5) ggf. Bekanntmachung vereins- und unternehmensbezogener Angebote in der Stadt,
- 6) Imagegewinn für die Stadt.

Zur Attraktivierung dieses Pakets können auch weitere Dinge beigefügt werden. Aufwertend können ebenso Gutscheine für das Ü-Bad, einer Schnupperstunde für die Früherziehung in der Kreismusikschule etc. sein. Hierfür kann auch eine Kooperation mit städtischen Gewerbetreibenden, Verbänden und Vereinen sowie weiteren Behörden unternommen werden, um ein attraktives Willkommensgeschenk für Familien unserer Stadt überbringen zu können. Die Verwaltung soll hierzu prüfen, ob sich nicht auch lokale Geschäfte oder Unternehmen an Aktionen und / oder Präsenten zum Begrüßungspaket beteiligen wollen.

gez. Heiner Weißborn
Fraktionsvorsitzender

gez. Sascha Derichs
stellv. Fraktionsvorsitzender“

Stadtverordnete **Weinhold** erkundigte sich danach, warum im Antrag ein Betrag von 6.000 Euro festgelegt worden sei.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass dies aufgrund folgender Rechnung geschehen sei. Gehe man davon aus, dass ca. 180 bis 200 Geburten pro Jahr im Stadtgebiet registriert würden und das Babybegrüßungspaket Unkosten in Höhe von ca. 30 Euro entstehen könnten, sei ein Betrag von 6.000 Euro hierzu realistisch. Selbstverständlich handele es sich hierbei lediglich um einen Schätzwert aufgrund

dessen man glaube, die Aktion bewältigen zu können.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, auch diesen Antrag mit unterstützen zu können, sah allerdings auch Zweifel daran, dass durch ein Babybegrüßungspaket der Kinderwunsch bei den Paaren in der Stadt Übach-Palenberg forciert werde. Nichts desto trotz halte er dies allerdings auch für einen Baustein, der weiter getragen werden solle.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass sich die UWG gegen den Antrag ausspreche. Sie erachte es als unnötig, da die verschiedenen Themen auch auf anderen Wegen transportiert und aufgearbeitet werden können. So sei es beispielsweise möglich, auf der städtischen Homepage Informationen, wie sie auch das Paket enthalten solle darzustellen. Man könne sich darüber hinaus auch verstärkt des Amtsblattes bedienen. Fragen zur Ernährung würden vielfach schon von Herstellern der Produkte erfolgen. Dass sich die Stadt Übach-Palenberg hierbei zusätzlich engagieren solle, sei nicht nachvollziehbar.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass es um den Imagegewinn für die Stadt Übach-Palenberg gehe. Es müsse deutlich werden, dass die Stadt sich als familienfreundlich darstelle. Insbesondere die Gemeinde Gangelt habe hierzu ein vorbildliches Konzept erarbeitet. Es sei natürlich selbstverständlich, dass dies nur funktionieren könne, wenn man das Projekt auch positiv darstelle.

Stadtverordneter **Meertens** erklärte, dass die Stadt andere Probleme habe, mit denen sie sich auseinandersetzen müsse. Das aktuelle Informationsangebot für junge Eltern sei seiner Meinung nach ausreichend. Man müsse bedenken, dass dieser Vorschlag die Verwaltung zusätzlich belasten werde und auch diese Arbeiten letztendlich durch die Bürgerinnen und Bürger zu finanzieren seien.

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte die Position der UWG-Fraktion nicht nachvollziehen zu können. Er bewerte es als unsozial in der vorliegenden Art und Weise diesen Vorschlag schlecht zu reden.

Beschluss:

Die Verwaltung der Stadt Übach-Palenberg wird beauftragt ein Babybegrüßungspaket (BBP) einzuführen. Hierfür sind 6.000 Euro bereitzustellen. Bei der Erstellung soll das BBP der Stadt Dormagen als Vorbild dienen.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

9.4 Bebauungsplan Nr. 85 - David-Hanseman-Straße -

hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass weder von Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange noch von der Öffentlichkeit Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 85 – David-Hansemann-Straße – wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

9.5 Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 9. Änderung

hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Anlage 1.1 entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung zu dieser Niederschrift enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Anlage 2.1 entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung zu dieser Niederschrift enthalten).
3. Der Planentwurf der 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 – Holthausen-Süd - wird beschlossen.
4. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 – Holthausen-Süd - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

10 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Beigeordneter **Schlüter** erläuterte, dass es bezüglich der Anlage eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Friedrich-Ebert-Straße/An der Linde eine neue Entwicklung gebe. Die seinerzeit im Stadtentwicklungs- und Umweltausschusssitzung vorgestellte Planung wurde nicht mit einer Förderung des Regionalrates bedacht. Nach Mitteilung

des Landesbetriebes Straßen.NRW stellt diese Kreuzung keinen ausreichenden Gefahrenpunkt dar. In der Liste der zu realisierenden Projekte sei deshalb diese Kreuzung sehr weit unten angesiedelt worden. Wenn die Stadt Übach-Palenberg allerdings eine Realisierung für wichtig halte und diese auch durch finanzielle Zuschüsse unterstütze, könne eine zügigere Realisierung ins Auge gefasst werden. Bei geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 300.000 Euro würden 220.000 Euro das Land und 88.000 auf die Stadt Übach-Palenberg fallen. Von Seiten der Verwaltung werde die Realisierung dieses Kreisverkehrs als besonders dringlich eingestuft, da er auch als Zubringer zu dem neu zu errichtenden Parkdeck dienen werde. Er hoffe vom Stadtrat ein Signal mitnehmen zu können, um die Projektierung nach der Sommerpause weiter zu forcieren.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion dieses Vorgehen unterstütze. Er sehe auch hierzu positive Entwicklungen für die Carolus-Magnus-Straße und erinnerte in dem Zusammenhang daran, dass auch der Kreisverkehr an der benachbarten Kreuzung Friedrich-Ebert-Straße/Arndtweg mitbetrachtet werden solle, da zwischen Bebauung und vorgelagerten Parkplätzen ein Schleichweg zur Umgehung dieser Kreuzung vielfach genutzt werde.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass in Bezug auf die Entwicklung zur Carolus-Magnus-Straße er zusätzlich klar gestellt haben wolle, dass von Seiten der Verwaltung eine Umgestaltung weder geplant noch favorisiert werde. Man habe als eindeutigen Willen von Bevölkerung und Geschäftsleuten festgestellt, dass die Straßenführung der Carolus-Magnus-Straße weiterhin so belassen bleiben solle. Die mögliche Umgestaltung des Rathausplatzes als auch die Anlage der Kreisverkehre seien hiervon unabhängig zu betrachten.

Anfrage

Anfrage des Stadtverordneten Offermanns

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, dass sich immer mehr Fahrradfahrer nicht an das Fahrverbot innerhalb des Naherholungsgebietes halten und Spaziergänger gefährden. Er bitte die Verwaltung hier tätig zu werden.

Stadtverordnete **Piez** erklärte, dass man in diesem Zusammenhang auch die Sichtbarkeit der Beschilderung überprüfen solle. Sie wisse, dass im Bereich hinter der Brücke am Parkplatz „An der Schley“ die Grünanlage entsprechende Verbotsschilder für Fahrradfahrer verdecke.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** verwies darauf, dass ihm die genaue Beschilderung in diesem Bereich nicht bekannt sei, allerdings wisse er, dass ein Teilbereich für Fahrradfahrer zugänglich sei, da er im Radfahrverbundnetz aufgenommen sei. Bezüglich der entsprechenden Beschilderung werde man von der Situation vor Ort Kenntnis nehmen wollen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 19.17 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 19.43 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer